

Menschenrechtsbildung - Holocaust-Education - Demokratieerziehung: Einführung in den Themenschwerpunkt

Bettina Alavi, Susanne Popp

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Alavi, Bettina, and Susanne Popp. 2012. "Menschenrechtsbildung - Holocaust-Education - Demokratieerziehung: Einführung in den Themenschwerpunkt." *Zeitschrift für Geschichtsdidaktik* 11 (1): 7–10. <https://doi.org/10.13109/zfgd.2012.11.1.7>.

Nutzungsbedingungen / Terms of use:

licgercopyright

Dieses Dokument wird unter folgenden Bedingungen zur Verfügung gestellt: / This document is made available under these conditions:

Deutsches Urheberrecht

Weitere Informationen finden Sie unter: / For more information see:

<https://www.uni-augsburg.de/de/organisation/bibliothek/publizieren-zitieren-archivieren/publiz/>



Menschenrechtsbildung – Holocaust Education – Demokratieerziehung

Einführung in den Themenschwerpunkt

Bettina Alavi und Susanne Popp

Mit diesem Band greift die Zeitschrift für Geschichtsdidaktik 2012 drei Themenfelder auf, die die politische Dimension des Geschichtslernens repräsentieren. Angesichts weitreichender gesellschaftlicher Veränderungen müssen diese zentralen Aufgabenbereiche der historischen Bildung auf neue Herausforderungen hin reflektiert und diskutiert werden. Globalisierungsprozesse und die Herausbildung multikultureller Gesellschaften erfordern inklusive Erinnerungskulturen, die sich schrittweise von den traditionellen »nationalen Erinnerungsgemeinschaften« im Sinne einer ethnisch und/oder kulturell homogenen Nation verabschieden. Alle drei hier verhandelten geschichtsdidaktischen Themenbereiche – Menschenrechtsbildung, Holocaust Education und Demokratieerziehung – sind in ihren Grundlagen von diesen weitreichenden Transformationen betroffen und müssen daher nicht nur je für sich, sondern auch in ihrem Verhältnis zueinander neu befragt werden.

Die normative Orientierung an der Demokratieerziehung als Leitbild für eine humane Gesellschaft ist für die Geschichtsdidaktik keineswegs neu. Die Frage danach, wie ein demokratischer Geschichtsunterricht zu begründen und zu gestalten sei, gehört zu den identitätsstiftenden Kernfragen, mit denen die Disziplin in ihrer wissenschaftlichen Konstituierungsphase in den 1960er und 1970er Jahren intensiv befasst war. Die Hinwendung zur Demokratieerziehung impliziert zugleich die Auseinandersetzung mit den Menschenrechten als normativem Horizont für die historische Bildung. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Holocaust mit seiner spezifischen Bedeutung für die Vergangenheitsbewältigung in der deutschen Gesellschaft und den damit verbundenen, oft sehr kontroversen und spannungsgeladenen Prozessen, die im kollektiven Geschichtsbewusstsein und in der Geschichtskultur ihren Niederschlag fanden, erhielten Demokratieerziehung und Menschenrechtsbildung eine herausragende Bedeutung für die Konzepte des historischen Lernens im Sinne einer »Erziehung nach Auschwitz«.

Der Zusammenhang von Demokratieerziehung, Menschenrechtsbildung und »Erziehung nach Auschwitz« ist nach den grundlegenden Veränderungen, die 1989/90 eingeleitet wurden, in vielschichtige Prozesse der Neubestimmung eingetreten. Die Demokratieerziehung rückte nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Hemisphäre zunächst etwas in den Hintergrund, gleichwohl ist sie selbstverständlich in allen Diskursen über Menschenrechtsbildung und Holocaust Education immanent präsent. Als Legitimationsbasis und als normative Orientierung für die Didaktik der Geschichte kehrt sie jetzt mit neuer Akzen-

tuierung zurück: Zum einen im Umfeld der außereuropäischen gesellschaftlichen Bewegungen wie dem »Arabischen Frühling«, die den Wandel von autoritären und diktatorischen Systemen hin zu einer demokratischen Öffnung vorantreiben, zum anderen aber – im Zuge der europäischen Integration – auch im Zusammenhang mit der Abtretung von traditionell nationalen Souveränitätsrechten an supranationale Organe, denen bislang keine ausreichende demokratische Legitimationsbasis zugrunde liegt. Gerade im Zusammenhang mit der Bewältigung der Eurokrise ist deutlich geworden, dass im Nachhinein für die demokratische Legitimierung von suprastaatlichen Institutionen und Entscheidungsprozessen sowie für die demokratische Partizipation der Bürger in einem europäischen Rahmen gestritten werden muss.

Durch die beschleunigte europäische Integration und die dynamisierte Globalisierung werden Transformationsprozesse sichtbar, die sich auch in der Auseinandersetzung mit den Menschen- und Bürgerrechten niederschlagen. Anders als vor 25 Jahren versteht sich die Bundesrepublik heute als Einwanderungsland mit einer multikulturell geprägten Gesellschaft. Damit ist die Herausforderung verbunden, eine konsensuelle Einigung auf die Menschen- und Bürgerrechte herzustellen, die nicht mehr das Odium einer eurozentrisch-westlichen Narration an sich trägt. Im größeren Rahmen gesehen stellt diese Aufgabe nicht nur eine Herausforderung für multikulturelle Gesellschaften im Einzelnen, sondern für die globale Weltgemeinschaft in ihrer Gesamtheit dar. Dies bedeutet eine Historisierung der Geschichte der Menschenrechte im Zusammenhang mit der Geschichte des »westlichen« Kolonialismus und Imperialismus und verlangt, die vielschichtigen Beiträge der »nicht-westlichen« Gesellschaften zur Entwicklung der Konzepte von Humanität, Menschenrechten und auch Demokratie klarer zu erkennen und zu würdigen.

Der geschichtsdidaktische Umgang mit Nationalsozialismus und Holocaust muss aufgrund von zwei Entwicklungen neu durchdacht und interpretiert werden: Zum einen wegen des Übergangs vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis, d.h. durch den Verlust der »Erlebnisgeneration«, und zum anderen aufgrund der Universalisierung des Holocaust, die spätestens mit der Stockholmer Erklärung (2000) deutlich sichtbar wurde. Bei diesem Vorgang handelte es sich um einen in seiner transnationalen Durchschlagskraft bislang unbekannten Prozess, bei dem internationale Institutionen jenseits von EU, Europarat und UN geschichtsdidaktische Zielvorstellungen und Konzepte entwickeln, die in den einzelnen beteiligten Staaten verbindlich im Geschichtsunterricht umzusetzen sind. Dies fordert die geschichtsdidaktische Reflexion heraus, zumal inzwischen eine Erweiterung des Blickfeldes stattgefunden hat, in dem neben dem Holocaust auch andere Menschheitsverbrechen, insbesondere Genozide, nicht mehr vernachlässigt werden dürfen. Daraus resultieren Diskussionen über die »Singulartät« des Holocaust und dessen zukünftige Funktion für eine historisch-politische Bildung jenseits des »Gedenkens«, was für die deutsche Gesellschaft jedoch weiterhin von fragloser Bedeutung sein wird. Diese Neuorientierungen spiegeln sich in dem Begriff »Holocaust Education«, der international schon seit vielen Jahren etabliert

ist und – anders als beispielsweise der Begriff der »Anti-Genozid-Erziehung« (von Borries) – den Zusammenhang zwischen demokratiefeindlichen Positionen, rassistischen Denkformen und Menschenrechtsverletzungen als Nährboden für Pogrome, Genozide und andere Menschheitsverbrechen unterstreicht.

Die im Schwerpunkt dieses Bandes versammelten Beiträge entfalten den Zusammenhang von Menschenrechtsbildung, Holocaust Education und Demokratieerziehung mit unterschiedlichen Schwerpunkten in zentralen Forschungsfeldern unserer Disziplin.

Das Aufgreifen internationaler Konzepte in der Geschichtsdidaktik spiegelt sich zum einen in Oliver Plessows kritischer Analyse einflussreicher Modelle der transnationalen Holocaust Education sowie zum anderen in Regina Richters Beitrag zur Dekonstruktion der »westlichen« Narration zur Geschichte der Menschenrechte.

Wie viel noch auf einem anderen geschichtsdidaktischen Forschungsfeld, der Schulbuchanalyse, zu leisten ist, zeigt der Beitrag von Thomas Sandkühler, der die Darstellung des Holocaust in aktuellen deutschen Geschichtsschulbüchern kritisch prüft, inwieweit sie den Ergebnissen der neueren und neuesten Forschung standhält. Den Blick auf aktuelle Entwicklungen in der Fachwissenschaft richtet auch Annette Hettinger, indem sie sich mit der so genannten »Täterforschung« auseinandersetzt, diese geschichtsdidaktisch reflektiert und auf ihr Bildungspotenzial hin überprüft. Mit dem Blick auf die »Täter« wendet sie sich, wie übrigens auch Sandkühler, einem Aspekt zu, der – was inzwischen vermehrt kritisiert wird – vor allem in der Holocaust Education, aber auch in der deutschen Geschichtskultur oftmals noch nicht adäquat berücksichtigt wird.

Als ein »Ort der Täter« gilt national wie international die Stadt Nürnberg, nicht nur wegen des Reichsparteitagsgeländes, sondern auch als Schauplatz der Nürnberger Prozesse. Charlotte Bühl-Gramer analysiert den schwierigen Weg der Bevölkerung der Stadt Nürnberg, die »negative historische Identität« nach einer langen Phase der Ablehnung und Verdrängung durch den Bezug auf die Menschenrechte neu zu interpretieren und die Geschichtskultur in ihrer Stadt im Sinne einer historischen Verpflichtung in der Gegenwart und für die Zukunft zu begreifen. Welche immense Rolle subjektive Voreinstellungen bei der Identitätskonstruktion auch heute noch in der schulischen Auseinandersetzung mit dem Holocaust spielen, zeigt Manuel Kösters empirische Studie, die auf der Mikroebene des Verstehens von Darstellungstexten zum Thema »Holocaust« angesiedelt ist und die Faktoren untersucht, die auf die Generierung von Bedeutung beim Textverstehen einwirken.

Der Schweizer Beitrag von Jan Hodel, Alexander Lötscher und Claudia Schneider verortet die Thematik dieses Bandes in der Interdisziplinarität der historisch-politischen Bildung und damit im Bezugsrahmen jenes »Bindestrichs«, hinter dem manche einen »Abgrund ungeklärter Fragen«¹ vermuten. Im Zentrum der

1 Jörn Rüsen: Historische Sinnbildung durch Erzählen. In: Internationale Schulbuchforschung 18 (1996) 4, S. 501–543. Hier S. 504.

Ausführungen steht die Überlegung, die Potenziale der politischen Bildung geschichtlich zu wenden und für die historische Auseinandersetzung mit der Geschichte der Menschenrechte fruchtbar zu machen.

Der Schweizer Beitrag lenkt die Aufmerksamkeit auf die politische Dimension der historischen Bildung und erinnert daran, dass unsere Disziplin über der notwendigen Auseinandersetzung mit dem Bologna-Prozess und der Konstruktion von empirisch überprüfbaren Kompetenzmodellen nicht die zentrale Aufgabe der politischen Bildung durch Geschichtsunterricht und historisches Lernen aus den Augen verlieren darf. In einer Zeit, wo für selbstverständlich erachtete Gewissheiten durch globale Umbrüche in Frage gestellt werden, muss die Didaktik der Geschichte die politische Dimension der historischen Bildung neu aushandeln. Dazu will dieser Zeitschriftenband einen Beitrag leisten.